

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 2

Artikel: Schriftsteller und Tagespolitik im Lande Helvetien
Autor: Wäspi, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337912>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schriftsteller und Tagespolitik im Lande Helvetien

Der vorliegende Text ist eine Auseinandersetzung mit den Gedanken von Walther Kauer zur «Stellung des Schriftstellers in der Schweiz» (Heft 12/1966 der «Roten Revue»). Jene Arbeit lebt von der Überzeugung des Verfassers, die im folgenden Kernsatz zum Ausdruck kommt: «Der Kampf des Schriftstellers für Gerechtigkeit, für soziale Gerechtigkeit vor allem, sollte der Zeit gemäss mit einer wirksamen politischen Tätigkeit koordiniert werden können.» Dieser Kernsatz bleibt von entscheidender Wichtigkeit, obschon Walther Kauer am Schlusse seiner Arbeit die Position zurücksteckt und jetzt schon damit zufrieden wäre, wenn der schriftstellerischen Arbeit an sich bei uns mehr Achtung entgegengebracht würde. Soweit die Bemerkungen im zitierten Artikel ausschliesslich dieses Leiden des schweizerischen Schriftstellers betreffen, das Leiden am mangelnden Verständnis der Öffentlichkeit für seine Art von Arbeit, äussern wir uns hier nicht. Hingegen liegt uns daran, einige Worte zum Thema des politischen Engagements von Schriftstellern anzubringen.

Zuerst sei ein sehr schöner Gedanke von Ludwig Hohl zitiert, einem Autor von hoher Denkbegabung, der an den zu sehr begrenzten Möglichkeiten zerbrochen ist, die ihm unser Land für ein sinnvolles Wirken bieten konnte. In seinem Hauptwerk «Die Notizen» (Band I, Seite 258, Artemis-Verlag, Zürich 1944) schreibt er:

«*Dichter* und *Politiker* – und natürlich alle andern dazwischen, die wissenschaftlichen Entdecker, die Seher, Propheten, Weisen – sind einmal *ein* Mann gewesen: der die Welt zum Besseren verändern wollte. Auf Grund ihres Temperamentes haben sie sich früh geteilt: Der die Geduld hatte, auch den Trug anzuwenden zwecks einer in absehbarer Zeit zu erreichenden relativen Veränderung, wurde Politiker; der keine Geduld hatte mit der Dummheit der Menschen, das heftige, kindlichere, nicht zu bändigende Temperament, erfand die Dichtung: das hermetische Gebilde: das die absolute Veränderung wollende, nicht mit der Zeit zählende, zu *seiner* Zeit fraktionenweise (und über Stufen) in Realisierung tretende Gebilde. Die Dichtung entstand also aus Ungeduld; der sich in Verzweiflung von der Langsamkeit der Menschenmenge Abwendende schuf sie. Wie soll er sein Übermass an Leben – das ist im Verbessernwollen, Verbessernkönnen – doch anbringen? Und erfand Gebilde, die alles aufnehmen und ihre Zeit abwarten könnten. – Nachher gab man dann diesen Gebilden Selbstwert, wie es immer geht.»

Was Ludwig Hohl, die beispielhafte Gestalt für eine «tragische Literaturgeschichte» der Schweiz, hier gibt, erweist sich als literatursoziologisches Theorem von höchster Fruchtbarkeit. Der darin nicht eben schmeichelhaft behandelte Politiker mag den «Trug» durch einen «mühseligen Kompromiss»

ersetzen. Hohl hat aus ihm nachzusehender Bitterkeit heraus zu stark polarisiert und den Politikern weniger Nuancen gelassen, als ihnen hier zugebilligt werden sollen. Seine Erkenntnis umfasst auf der andern Seite ja sicher auch nicht alle Schriftsteller. Ins Thema «Schriftsteller und Politik» aber vermag sie recht viel Licht zu bringen. Sie verhilft zu Selbstverständnis jenen Autoren, denen es nicht gegeben ist, vor der Tagespolitik den Kopf in den Sand zu stecken. Andererseits muss sie allen Politikern, deren Politik weitgehend identisch ist mit dem ehrlichen Streben nach dem Besseren, den Schriftsteller gewissermassen zum Partner machen.

Die Schriftsteller verweist Hohl auf ihr eigentliches Gebiet, sieht sie nur als Wegbereiter jener notwendigen Art von Politik nach vorn, die dann die Politiker machen müssten. Er glaubt, es gelinge den Autoren nur so, ihr Übermass an Leben, im Verbessernwollen, Verbessernkönnen, anzubringen, dass sie Gebilde schüfen, die alles aufnehmen und ihre Zeit abwarten können. Es liegt also in der Natur der Sache, dass der Schriftsteller extremer formuliert als der Politiker, und absurd wäre es, ihm einen Vorwurf daraus zu machen.

Mit Walther Kauer sehen wir deutlich und bedauern wir sehr, dass bei uns von der angeregten Arbeitsteilung zwischen Schriftsteller und Politiker nicht die Rede sein kann. Es besteht ein Hund-und-Katz-Verhältnis! Aus diesem sollte aber nach unserer Ansicht gerade der Politiker, der kompromissgewohnte, besser herausfinden als der Mann der «Ungeduld», des «nicht zu bändigenden Temperamentes». Diejenigen unter unseren Schriftstellern, auf die das schöne Wort von Ludwig Hohl sehr genau zutrifft, deren Stimme also so etwas wie das «Vorwärtsgewissen der Nation» ausdrückt, sie sollten nicht ständig dermassen abgekanzelt werden, wie das leider gang und gäbe ist. Das Mass dieses Abkanzeln gereicht den Politikern wahrhaft wenig zur Ehre. Sie profitieren dabei gemäss Hohls Aussage am Schluss von einer wunderhübschen Taktik: Man gibt den literarischen Gebilden Selbstwert und lässt im übrigen bei Bedarf die Autoren ohne weiteres auch dumme Männer sein. Auf diese Weise gelingt es, die politisch-gesellschaftlichen Äusserungen selbst renommiertester Autoren elegant unter den Tisch zu wischen.

Walther Kauer scheint der Ansicht zuzuneigen, in der Schweiz stünde es um diese Dinge besonders schlimm. Er verfällt aber einer ungenauen Betrachtungsweise, wenn er von «dem etwas missglückten Experiment» schreibt, «in der Bundesrepublik Deutschland prominente Schriftsteller bei der Wahlpropaganda für die Bundestagswahlen 1965 einzusetzen». Wer hat da wen eingesetzt, etwa im Falle von Günter Grass, der mit dem Slogan «Wählt Es-Pe-De» durch die Lande zog? Dieser direkte Schritt erhält doch überhaupt nur einen Sinn aus den Besonderheiten der deutschen politischen Situation. Es kann gar keine Rede davon sein, dass er gegenwärtig oder in absehbarer Zukunft für einen schweizerischen Kollegen von Grass irgendwie nachzuvollziehen wäre. Grass votierte so etwa für die SPD, dass er seine grossen Sympathien zu ihr richtigerweise in einem Momente nicht verschwie, wo ziemlich viel auf dem Spiele stand. Im Gegensatz zu den jeweiligen Nationalratswahlen

im Vielparteienland Schweiz lag eben in jener deutschen Bundestagswahl die Möglichkeit für eine wirklich weittragende politische Weichenstellung. Grass hat im übrigen ja keineswegs auch gleich ein Parteibuch erworben, sondern sich als bei der SPD gar nicht etwa einhellig begrüßter Propagandist die Freiheit des Intellektuellen vorbehalten. Damit legte er eine aktive und gleichzeitig sehr weise Haltung an den Tag. Was nämlich für den sicher integren Politiker Willy Brandt später notwendig sein konnte, nämlich mit Franz Josef Strauss in der gleichen Regierung zu sitzen, musste Grass dann wieder als unhaltbar ablehnen. Die zwischen Grass und Brandt bei dieser Gelegenheit ausgetauschten Briefe gaben immerhin das schöne Beispiel für die Möglichkeit, die Auseinandersetzung zwischen Schriftsteller und Politiker fair zu halten.

Wie gesagt, für den Schweizer Schriftsteller hat aber von allem Anfang an ein solches Vorpellen in den Tageskampf der Parteien kaum je einen Sinn. Es gibt in unserem Lande jene Alternative nicht, die Grass für Deutschland erkennen wollte. Indessen kann doch das ganz direkte Wort durchaus einmal fällig werden. Der freisinnige Kandidat für das Zürcher Stadtpräsidium, Dr. Ernst Bieri, hat das erfahren, als Max Frisch sein «Was steht zur Wahl?» vernahmen liess. Der Abrechnung mit dem Rechtsaussenkreis ging dort an Deutlichkeit wirklich nichts ab. Das Dürrenmatt-Interview des gleichen Jahres 1966 zum 1. August bildet ein weiteres typisches Beispiel für die politische Standortmeldung des Schweizer Schriftstellers. Er befindet sich ausserhalb der Parteiorganisationen. Das ist auch goldrichtig so. Wo bliebe sonst die grimme absolute Opposition, die dem Land aus der gegenwärtigen politischen Konstellation heraus nicht erwachsen kann?

Es wird Zeit zu einer Zusammenfassung. Nach unserer Ansicht kann «der Kampf des Schriftstellers für Gerechtigkeit, für soziale Gerechtigkeit vor allem», nicht mit jener «wirksamen politischen Tätigkeit koordiniert werden», die Walther Kauer wünschenswert erschiene. Selbst dann nicht, wenn mehr von jener Funktionstrennung im Bewusstsein der Öffentlichkeit lebte, wie sie Hohl so schön herausgearbeitet hat. Das System der Allparteienregierung verwehrt dem Schriftsteller, will er seiner obersten Aufgabe treu bleiben, die Bindung an den politischen Apparat. Er tut gut daran, seine Stimme stets als einzelner vernahmen zu lassen, wenn ihm eine Stellungnahme zum Tagesgeschehen notwendig erscheint. Wer weiss, vielleicht öffnet ihm dann sogar eine kluge Parteipresse ihre Spalten. Auf alle Fälle kann er nur auf diese Weise jenen Kampf auf der richtigen Seite kämpfen, hinter dem der Kampf unter traditionellem Parteibanner mehr und mehr verblassen muss: die Auseinandersetzung zwischen Denkenden und Nichtdenkenden um den Kurs in die Zukunft!

Die Sozialdemokratische Partei hat wie jede andere alles Interesse, die Nichtdenker in den eigenen Reihen zu bekehren. Für diese Aufgabe werden die Schriftsteller auch ohne Parteibuch willige Partner sein. Nehmen wir sie ganz im Sinne der Äusserungen Ludwig Hohls durchaus als Freunde einer integren Politik. Seien wir dankbar, wenn wir in einem Gedicht von Kurt

Marti, dem Berner Pfarrer, die Bemerkung finden, dass «sich Bodenrecht messbar in bodenloses Unrecht verwandelt». Bleiben wir – nach dem schönen Muster von Willy Brandt – auch anständig im Falle des Auftauchens einer Dürrenmatt-Aussage wie: «Die SPS löste sich gleichsam auf in den Regierungen, die ihre Führer übernahmen. Sie wechselte den Standort, aufgerieben im Zwiespalt zwischen Ideologie und Opportunismus – und ward nicht mehr gesehen.» Das jüngste Beispiel einer falschen Reaktion findet sich unseres Erachtens in Profil 1/1967, wo Professor Urs Jaeggis Publikation «Der Vietnamkrieg und die Presse» zerzaust wird, weil man selber nicht gut wegkam. Zugegeben, es lassen sich allerhand Ansatzpunkte für Kritik darin finden. Die Broschüre hat aber nicht nur ihre Schwächen, sondern auch ihre unbestreitbaren Verdienste. Von denen aber wird kein Wort gesagt, womit man wieder einmal sehr viel unter dem Niveau von Willy Brandt bleibt, dem nochmals ein Kränzlein gewunden sei in dieser Betrachtung über Schriftsteller und Politik.

Rolf Reventlow

Modernisierte Diktatur in Spanien

Im Dezember 1966 wurde in Spanien ein sogenanntes Referendum durchgeführt, das wie alle Plebiszite dieser Art, die in einem Diktaturregime durchgeführt werden, planmässig verlief. Über 95 Prozent der Abstimmungsberechtigten gaben ihren Ja-Zettel ab, wie empfohlen, wenn nicht anbefohlen wurde. In der kleinen Provinzhauptstadt Ciudad Real stimmten sogar 110 Prozent der Stimmberechtigten ab, ein in dieser Gegend bemerkenswertes Resultat. Man hat an anderen Orten, auch in den Grossstädten, den häufig festgestellten Überschuss an Abstimmenden gegenüber den in den Listen eingetragenen Abstimmungsberechtigten damit erklärt, es handle sich um Reisende oder Verwandtenbesuche. Das Reisefieber, das demnach in Spanien ausgebrochen wäre, erscheint natürlich nicht glaubhaft. Sehr viel wahrscheinlicher ist, dass die mit der Durchführung beauftragten Beamten weisungsgemäss für eine gute Abstimmung «sorgten» und dabei vergassen, dass man im Rahmen des Wahrscheinlichen bleiben müsste.

Es kam auch gar nicht so darauf an. Natürlich gab es an den Vorstandstischen keine Parteienvertreter, die sich gegenseitig hätten kontrollieren können, wie das in demokratischen Ländern üblich ist. So war das Ergebnis nicht viel anders als bei der ersten Volksabstimmung über das Nachfolgesetz – des Staatschefs – im Jahre 1947. Natürlich war die Propaganda der Regierung ausschliesslich auf Zustimmung zu diesem Bündel von Gesetzesbestimmungen abgestellt. Auf den Wahlplakaten bauten Kinder Würfel zusammen, die den Satz ergaben: «Wähle den Frieden.» Darüber konnte man